

## Die Repression von Genua

Dem G8-Gipfel und den Gegenaktivitäten vom 19.-22.Juli 2001 gingen in Italien und Europa zahlreiche staatliche Bemühungen voraus, die Proteste gegen das G8 Treffen zu diffamieren, die erwarteten DemonstrantInnen einzuschüchtern oder an den Protesten zu hindern.

Besonders in Italien heizten die Medien die öffentliche Meinung gegen die DemonstrantInnen an und diffamierten sie als irrational und gewaltbereit. Dies ging soweit, daß es Pressemitteilungen gab, die den Protestierenden unterstellten, Aidsinvoliertes Blut auf Polizisten werfen zu wollen. Zeitgleich kam es bei den OrganisatorInnen und beteiligten Gruppen des Genua Sozial Forums zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Razzien.

Genua selbst wurde zu einer militarisierten Stadt, in der eine hochgerüstete und meterhoch eingezäunte sogenannte "rote Zone" für die Sicherheit der G8 KongressteilnehmerInnen eingerichtet wurde. Rund 20000 Polizisten, Carabinieri und Militärs wurden in die ligureische Hafenstadt beordert, um den G8 Gipfel zu beschützen. Und die Stadtverwaltung mietete demonstrativ 200 body sacks und ein entsprechendes Kühlhaus für Leichname an.

Zusätzlich kam es in zahlreichen Städten Italiens zu fingierten und realen Sprengstoffanschlägen, für die sich angeblich AnarchistInnen verantwortlich zeichneten. Eine Situation, die wie ein Déjà vu aus den Zeiten der 70iger Jahre und der geheimdienstlichen "Strategie der Spannung" anmutete.

Um dies Bild des Ausnahmezustands abzurunden, setzte Italien kurzfristig das Schengener Abkommen außer Kraft und wies DemonstrantInnen an ihren Grenzen bei der Einreise ab. Flankiert wurde dies seitens der BRD durch Ausreiseverbote gegenüber mehr als 100 linken AktivistInnen.

Vom 19. bis 21. Juli fanden drei Großdemonstrationen in Genua statt.

Verlief die Demonstration zu Gunsten der Rechte von MigrantInnen am Donnerstag den 19. Juli mit 50000 Beteiligten friedlich, änderte sich dies Bild am 20.

Die fünf Demonstrationzüge mit ca 100000 TeilnehmerInnen, die zur roten Zone zogen, wurden unterschiedslos von Polizei- und Militäreinheiten der Carabinieri angegriffen. Dabei fuhr Panzer- und Polizeifahrzeuge rücksichtslos in die Demonstrationzüge, wurden unzählige Tränengaskartuschen aus nächster Nähe gezielt auf die Köpfe der DemonstrantInnen verschossen und friedliche wie militante AktivistInnen auf brutalste Art und Weise (auch nach ihrer Festnahme) mißhandelt. Mehrmals zogen Polizisten ihre Waffen und schossen mindestens 17 mal.

Zwei Schüsse davon töteten Carlo Giuliani. Nachdem mehrere Fahrzeuge der Polizei durch Ansammlungen von Demonstrantinnen gerast waren, griffen diese die Fahrzeuge an. Aus einem Jeep, der sich vor eine Hauswand gesetzt hatte zielte ein 20jähriger Carabinieri auf die Angreifer. Er schrie: "Bastarde, ich werde Euch töten, ich werde Euch töten.". Diese flohen. Carlo, der die Bedrohungslage nicht mitbekommen hatte, wollte einen aus dem Jeep geschleuderten Feuerlöscher zurückwerfen und der Beamte erschoss ihn mit zwei Schüssen in Kopf und Brust.

Am Samstag, den 21.7. demonstrierten fast 300000 Menschen unter den Eindrücken der Polizeibrutalität und des Mordes durch Genua.

Unter dem Vorwand militantes Vorgehen einzudämmen veranstaltete die Polizei daraufhin Maßnahmen, die man nur als reine Menschenjagden bezeichnen kann. Der Demonstrationzug auf der Promenade "Corso Italia" wurde von Schiffen, Hubschraubern und von der Straße aus gnadenlos mit Tränengas eingedeckt und von anrasenden Panzerwagen und knüppelnden Polizisten angegriffen. Wer in der darauf folgenden Massenpanik stürzte oder zurückblieb wurde blutig geknüppelt und inhaftiert. Die Polizei- und Carabinieriereinheiten marschierten an diesem Tag in Kolonnen und in Gleichschritt über die Piazzen und durch die Straßen von Genua, schlugen neben DemonstrantInnen Kleinkinder und Senioren zusammen, attackierten Behinderte und Passanten und machten gezielt Jagd auf Sanitäter des Genua Social Forums und Journalisten, die es wagten diese Maßnahmen zu dokumentieren.

In der Nacht vom 21. auf den 22. kam es zu dem Polizeieinsatz, den man heute in Italien als die "Chilenische Nacht" bezeichnet. Ein ver mummtes Polizeikommando stürmte den Schlafplatz von ca 100 G8-GegnerInnen und das gegenüberliegende Pressezentrum von Indymedia, dem Ort der Gegenöffentlichkeit der G8-GegnerInnen. Die Anwesenheit von Parlamentarier verhinderte im Pressezentrum Schlimmeres. Hier wurden "nur" Filme, Festplatten und andere Datenträger entwendet, die die Übergriffe der Polizei belegten. In der Scuola Diaz wurden die G8 GegnerInnen im Schlaf überrascht und obwohl sie keine Gegenwehr leisteten so schwer mißhandelt, daß weit über die Hälfte auf Tragen aus der Schule befördert werden mußten. Die Schule glich nach dem Einsatz einem Schlachtfeld. Überall war Blut am Boden, den Heißkörpern und den Wänden. Einem der Schlafenden wurden von beiden Seiten der Kiefer gebrochen und eine entsicherte Pistole auf die Stirn gesetzt. Ein anderer so schwer am Kopf verletzt, daß er in Koma fiel und nur mit einer Notoperation überlebte. Die so Verhafteten wurden in die Polizeikaserne Bolzaneto gebracht, wo sie und andere Verhaftete gefoltert wurden. Sie mußten stundenlang auf Zehenspitzen an den Wänden mit erhobenen Händen stehen. Wurden geschlagen, getreten und ihre Zellen unter Tränengas gesetzt. Den Frauen wurde in die Genitalien getreten und geschlagen und mit Vergewaltigung gedroht. Inhaftierten wurden Zigaretten auf den Handflächen ausgedrückt und die Knochen gebrochen. Dabei wurden sie durch die Beamten verspottet, die sich rühmten schon einen Demonstranten umgebracht zu haben. Die Inhaftierten wurden bespuckt, angepißt und gezwungen den faschistischen Gruß zu machen. Währenddessen sangen die Beamte faschistische Lieder, zeigten den Gefangenen Ducebilder und beschimpften sie als "Scheiß Neger", "rote Bastarde", "scheißjüdische Zigeuner" und "Der Faschismus ist zurück. Wir suchen Juden". Eingeforderte medizinische Versorgung oder Kontakte zu Anwälten und Verwandten verweigerten sie und angebliche Geständnisse erzwangen sie unter Androhung von Gewalt. Dies Ganze war nicht ein Ausnahmefall, sondern die Regel und wurde gedeckt von allerhöchster Stelle. Schon am Nachmittag war der Vize Chef der politischen Polizei von Genua, Alessandrio Perugini, richtungsweisend in den Straßen Genuas aktiv geworden. Dieser trat auf offener Straße einen Demonstranten zusammen.

Der Justizminister von Italien, Roberto Castelli (Lega Nord), der zeitgleich zu den Mißhandlungen die Kaserne besuchte, will von diesen Vorgehen nichts bemerkt haben. Und der Vizechef Italiens und Chef der faschistischen Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini, der sich während der Polizeieinsätze in der Einsatzzentrale im Fort San Giuliano aufhielt, kommentierte die Geschehnisse mit: "Die Demonstranten haben es darauf angelegt, daß Blut fließt. Sie haben bekommen, was sie wollten." Der Ortsverband von Regierungspräsident Silvio Berlusconi Partei Forza Italia rundete die Sache ab, in dem er dem Todesschützen von Carlo einen Gratisurlaub spendierte.

Insgesamt wurden über 500 DemonstrantInnen in diesen drei Tagen so schwer von der Polizei in Genua verletzt, daß sie die örtlichen Krankenhäuser aufsuchten. Weit mehr zogen es vor, sich erst gar nicht in die Krankenhäuser zu begeben, da sie dort befürchten mußten durch die anwesende Polizei verhaftet zu werden.

Es gab über 300 Festnahmen von denen über 200 kurzfristig in U-Haft saßen. Und Dutzende Deutsche und Österreicher, die nur deswegen über Wochen in mehreren Gefängnissen einsaßen, weil man sie auf der Rückfahrt in ihre Länder kontrollierte und schwarze Kleidung bei ihnen fand. Mittlerweile gab es mehrere Wellen von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Italien und über 400 Anzeigen sind erstellt worden.

Vor allem die Rot-Grüne Bundesregierung profilierte sich im Nachhinein als Verlängerer der Repression. Bundeskanzler Schröder äußerte, man müsse "mit aller Härte gegen die Gewalttäter vorgehen" und sein Innenminister Schily traf sich im August mit dem italienischen Innenminister Claudio Scajola, der den Polizeieinsatz in Genua zu verantworten hat, und forcierte mit diesem die Idee einer "Europäischen Anti-Krawall-Polizei".

Das was in Genua der seit Seattle immer größer werdenden linken Bewegung/en an Repression entgegenschlug läßt sich als faschistische Repression bezeichnen. Was man in Westeuropa in den letzten 20 Jahren als "demokratische" Repression kennt: allgemeine Einschüchterung und Diffamierung von Oppositionellen, ist hier an den Punkt gelangt, daß gezielt polizeiliche

Gewaltexzesse auf der Straße und in Haft gegen jede Form von Protest durchgeführt wurden. Mit Demütigungen, Verletzungen, Folter und auch Mord. Dies um eine Angst unter den linken AktivistInnen zu verbreiten, selbst das grundlegendste Recht auf Demonstrationsfreiheit nicht mehr für sich in Anspruch zu nehmen.

Das diese in Italien stattfand, das durch eine Allianz der rechten Forza Italia, der faschistischen Alleanza Nazionale und der rassistischen und sozialchauvinistischen Lega Nord regiert wird, ist einerseits ein Zeichen, was möglich ist in Ländern mit einer rechtspopulistischen Regierung wie Italien und Österreich. Andererseits hat Genua sich schon in der sozialdemokratischen Repression im schwedischen Göteborg im Juni 2001 angekündigt. Anlässlich des EU Treffens in Göteborg fand hier in Juni 2001 ein Gegenkongress und eine Demonstration mit 20000 TeilnehmerInnen statt. Trotz Bereitstellung einer Schule für den Gegenkongress verhinderte die Polizei diesen Kongress durch eine Einmauerung mit Schiffscontainern und griff auch am folgenden Tag eine Reclaim the Streets Party brutal mit Pferdeeinsätzen und Knüppeln an. Als die so terrorisierten GipfelgegnerInnen sich zur Wehr setzten schoß die Polizei scharf auf die Demonstranten. Sie verletzte drei von ihnen. Hannes Westberg wurde dabei von einem Polizisten in den Rücken geschossen. Er überlebte seine schweren Verletzungen und verlor eine Niere und die Milz. Auch hier wurde wieder, wie in Genua, das Ammenmärchen der Notwehrsituation für den Polizisten gesponnen. Und wie in Italien wird in Schweden jetzt die linke, vor allem autonome und anarchistische, Opposition mit schwerer Repression und harnebüschenden Gerichtsurteilen überzogen.

Die Repression von Göteborg und Genua ist somit ein Zeichen, wie sozialdemokratische und rechte Regierungen in Zukunft mit linker Opposition umzugehen bereit sind. Die Festung Europa birgt somit in Zukunft nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für linke Opposition (wenn sie denn eine ernstzunehmende Opposition ist) eine todbringende Gefahr.

Antifa „die kleinen Strolche“ (2001)